

Keine Inklusion ist zu teuer:

Teilhabe ist Menschenrecht – keine freiwillige Wohltat!

Stellungnahme der „AG Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württemberg“ zur aktuellen Debatte um die Finanzierbarkeit von inklusiven Angeboten

Die „AG Inklusion“ ist ein Facharbeitskreis von Trägern und Einrichtungen der inklusiven Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Wir verfolgen das Ziel, das Arbeitsfeld entsprechend der gesetzlichen Vorgaben inklusiv zu gestalten und weiterzuentwickeln. Dabei folgen wir wissenschaftlichen Erkenntnissen und rechtlichen Bestimmungen (z.B. UN-Behindertenrechtskonvention, §11 SGB VIII und SGB IX, LKJHG). Handlungsleitend sind für uns auch Praxiserfahrungen und die daraus resultierende pädagogische Überzeugung: **Inklusive Bildung von jungen Menschen ist möglich und vor allem das Recht ALLER Kinder und Jugendlichen! Inklusion¹ wirkt sich positiv auf ALLE aus und ist nachhaltig im Sinne einer gerechteren und humanitären Gesellschaft.** Zudem kann sie langfristig Mehrkosten verhindern, da früh erlernte inklusive Haltungen und Fähigkeiten in die Gestaltung inklusiver Strukturen münden, die staatliche Leistungen teilweise überflüssig machen können.

Als Netzwerk von Praktiker*innen und Fachstellen sind wir bestürzt über die zunehmenden problematischen Äußerungen zu Inklusionsleistungen der Eingliederungshilfe in politischen Debatten von Kommunalpolitiker*innen, Bürgermeister*innen und anderen Personen in herausgehobenen politischen Positionen in Baden-Württemberg.

Sprache und Haltung in der öffentlichen und politischen Debatte haben Auswirkungen darauf, wie sich das Bild von Menschen – sei es mit oder ohne Behinderung – in der

¹ Inklusion wird von der AG Inklusion als ein Prozess verstanden, der die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, in unserem Fall Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, voranbringt. Dieser Prozess umfasst insbesondere den Abbau von (Zugangs-)Barrieren und die Anpassung von Rahmenbedingungen und Strukturen. Dabei ist die Kinder- und Jugendarbeit geradezu prädestiniert für die Umsetzung von Inklusion, da hier Offenheit, Lebensweltorientierung, gemeinsames Sein, Tun und Ausprobieren sowie der Einbezug des Sozialraums im Fokus stehen. Neben der Weitführung des Inklusionsbegriffes, welcher auch Personen anderer marginalisierter „Gruppen“ umfasst, hat sich die AG Inklusion bewusst für die Engführung des Begriffes entschieden. Aufgrund des jahrzehntelang gewachsenen separierenden Systems sind Menschen mit Behinderung ganz besonders von Ausgrenzung bedroht. Die aktuellen Debatten bestätigen diese Situation, da gesetzliche Leistungen, wie Assistenzleistungen, Einzelfallhilfe etc., immer selbstverständlicher in Frage gestellt werden.

Gesellschaft etabliert. Es beeinflusst Handlungen und den sozialen Umgang im Alltag. Leistungen für Menschen mit Behinderung als finanzielle Belastung und für den Sozialstaat als nicht mehr leistbar darzustellen und als eine Ursache für die angespannte Haushaltslage von Kommunen, Ländern und des Bundes zu benennen, ist faktisch falsch.

Das Gegenteil ist in Deutschland Gesetz: Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Teilhabe und ein barrierefreies und möglichst selbstbestimmtes Leben. Es kann nicht angehen, dass die individuelle Leistung für Personen bestimmter gesellschaftlicher „Gruppen“ bei Vergleichen mit anderen sozialen Pflichtleistungen wie Schule, Kita oder Jugendarbeit als kostspielige Sonderposten herausgestellt wird!

Aussagen, dass Menschen mit Behinderung aufgrund von lebensnotwendigen Assistenz- und Unterstützungsleistungen in angeblich „paradiesischen“ Verhältnissen leben, entbehren jeglicher Realität. Sie brüskieren, diskriminieren und verletzen die Betroffenen massiv und befeuern gesellschaftliche Neid- und Sündenbock-Debatten.

Besonders kritisch zu betrachten sind die aktuellen Debatten und Aussagen von Entscheidungsträger*innen im Hinblick auf die historische Verantwortung in Deutschland. Viele Aussagen zeigen eine erschreckende Parallele zum politischen Sprech über Menschen mit Behinderung in den frühen 30er Jahren, die die dramatischen Euthanasie-Morde im Voraus zu legitimieren versuchten. Hier werden ableistische, diskriminierende Formulierungen normalisiert. Das unterstützt inklusions- und demokratiefeindliche Stimmen in der Gesellschaft.

Das Recht auf ein würdevolles Leben darf nicht beliebig nach Kassenlage außer Kraft gesetzt werden. Dabei handelt es sich nicht um eine freiwillige Leistung, die gegen andere gesellschaftliche staatliche „Kosten“ ausgespielt werden kann. Stattdessen fordern wir mit allen Beteiligten und Betroffenen ins Gespräch zu gehen, was demokratische und respektvolle Lösungen sein können.

Wir appellieren an alle Kandidat*innen, Abgeordneten und Entscheidungsträger*innen, vor gesetzgeberischen Prozessen und deren Ausgestaltung möglichst vielfältig Kinder und Jugendliche zu beteiligen – insbesondere auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung sowie deren Familien. Es ist wichtig, die Expertise von Fachstellen und Einrichtungen der inklusiven Kinder- und Jugendarbeit einzubinden. Auch die [Fachverbände für Menschen mit Behinderung kritisieren auf Bundesebene die ausufernden Spardiskussionen](#).

Gerne sind die Mitglieder der AG Inklusion ansprechbar für Vertreter*innen von Kommunen, dem Land Baden-Württemberg und der Bundesregierung und können Einblicke in ihre Arbeit und den Alltag vor Ort geben. Inklusion steht bei uns nicht nur als programmatische Worthölse auf geduldigen Papieren. Sie ist möglich, wird täglich selbstverständlich gelebt und ermöglicht für alle Beteiligten wertvolle Erfahrungen, von denen die gesamte Gesellschaft profitieren kann.

Diese Stellungnahme wurde verfasst von mehreren Mitgliedern der AG Inklusion. Wir freuen uns über Feedback.

Die AG Inklusion umfasst mehrere landesweite, regionale und lokale Organisationen und Fachpersonen, die sich aus verschiedenen Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit zusammensetzen und austauschen. Die AG existiert seit mehreren Jahren und trifft sich regelmäßig zur Vernetzung und zum Fachaustausch über aktuelle Debatten und Praxisbeispiele.

Sie stimmen den Aussagen zu und wollen ein Zeichen für Inklusion setzen?

Gerne können Sie diese Stellungnahme als Organisation oder Person mitunterzeichnen. Richten Sie hierzu gerne eine E-Mail an projektfachstelle-inklusion@lago-bw.de und teilen Sie uns mit, in welcher Form Ihr Name ergänzt werden soll.

Die Stellungnahme wird unter anderem auf der [Homepage der LAGO BW](#) veröffentlicht und die Liste der Unterzeichnenden wird regelmäßig aktualisiert.

Weitere Informationen, Praxisbeispiele und Beteiligungsmöglichkeiten:

[Hier](#) finden Sie eine Timeline zum Entstehungsprozess der Stellungnahme in 2026. Auch über die aktuelle Landtagswahl hinweg sammeln wir gelungene Praxisbeispiele zu inklusiver Kinder- und Jugendbeteiligung und weiteren Aktivitäten in Richtung der Landespolitik für eine inklusive Kinder- und Jugendarbeit. [Hier](#) können Sie einen ersten Einblick bekommen oder auch eigene Aktivitäten eintragen und sichtbar machen.

Uns ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen die Stellungnahme verstehen!

Deshalb hier das Papier in vereinfachter Sprache. (Eine Version in „[Leichter Sprache](#)“ ist noch geplant.)

Darunter stehen die unterzeichnenden Organisationen.

Keine Inklusion ist zu teuer

Teilhabe ist ein Menschenrecht – keine freiwillige Hilfe

Stellungnahme der AG Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württemberg

Die **AG Inklusion** ist eine Gruppe von Fachleuten.

Sie arbeiten in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.

Unser Ziel ist:

Alle Kinder und Jugendlichen sollen **gemeinsam teilnehmen können**.

Auch Kinder und Jugendliche **mit Behinderung**.

Das steht auch im Gesetz.

Zum Beispiel in der **UN-Behindertenrechtskonvention** und in deutschen Gesetzen.

Wir wissen aus unserer Arbeit:

Inklusion funktioniert.

Das bedeutet:

Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung lernen und erleben Dinge **zusammen**.

Das ist gut für alle:

- für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- für Kinder und Jugendliche ohne Behinderung
- für die ganze Gesellschaft

Wenn Menschen früh lernen, miteinander zu leben und zu arbeiten, entstehen später **gerechtere Strukturen**.

Das kann sogar Kosten sparen.

Kritik an der aktuellen politischen Debatte

Wir sind sehr besorgt über einige Aussagen von Politikerinnen und Politikern in Baden-Württemberg.

In Diskussionen wird manchmal gesagt:

Hilfen für Menschen mit Behinderung seien **zu teuer** oder **nicht mehr bezahlbar**.

Solche Aussagen finden wir problematisch.

Sprache hat Wirkung.

Sie beeinflusst, wie Menschen über andere denken.

Wenn Unterstützung für Menschen mit Behinderung als **Belastung** dargestellt wird, dann verändert das das Bild von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft.

Außerdem stimmt diese Behauptung nicht:

Diese Hilfen sind **nicht die Ursache für die Geldprobleme von Städten, Ländern oder dem Bund.**

Teilhabe ist ein Recht

In Deutschland gilt:

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf:

- Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- ein möglichst selbstbestimmtes Leben
- eine Umgebung ohne Barrieren

Diese Rechte stehen im Gesetz.

Deshalb darf man Unterstützung für Menschen mit Behinderung **nicht als teuren Sonderfall darstellen.**

Auch wenn manche behaupten, dass Menschen mit Behinderung zu viel Unterstützung bekommen, ist das falsch.

Ein Beispiel ist der Ausdruck: „in paradiesischen Verhältnissen.“ Das meint, dass Menschen, die zum Beispiel Assistenz wegen einer Behinderung bekommen, mehr Luxus haben als die meisten anderen Leute.

Solche Aussagen:

- diskriminieren Menschen mit Behinderung
 - verletzen Betroffene
 - fördern Neid und Schuldzuweisungen in der Gesellschaft.
-

Verantwortung aus der Geschichte

Deutschland hat eine besondere Verantwortung aus der Geschichte.

In den 1930er-Jahren wurden Menschen mit Behinderung ausgegrenzt.
Später wurden viele von ihnen in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet.

Deshalb müssen wir besonders aufmerksam sein,
wenn wieder abwertend über Menschen mit Behinderung gesprochen wird.

Solche Aussagen können diskriminierende und demokratiefeindliche Einstellungen stärken.

Menschenwürde darf nicht vom Geld abhängen

Das Recht auf ein **würdiges Leben** darf nicht davon abhängen,
wie viel Geld gerade in der Staatskasse ist.

Unterstützung für Menschen mit Behinderung ist **keine freiwillige Leistung**.
Sie ist ein **Recht**.

Darum fordern wir:

- mehr Gespräche mit Betroffenen
 - respektvolle Lösungen
 - eine sachliche politische Debatte
-

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Wir fordern Menschen in der Politik auf:

Kinder und Jugendliche sollen **bei Entscheidungen beteiligt werden**.

Besonders wichtig ist die Beteiligung von:

- Kindern und Jugendlichen mit Behinderung
- ihren Familien

Auch Fachstellen und Organisationen aus der inklusiven Kinder- und Jugendarbeit sollen einbezogen werden.

[Viele Fachverbände kritisieren ebenfalls die aktuellen Spar-Debatten.](#)

Unsere Arbeit

Die Mitglieder der AG Inklusion arbeiten jeden Tag mit Kindern und Jugendlichen.

Sie erleben:

Inklusion funktioniert in der Praxis.

Inklusion ist bei uns nicht nur ein schönes Wort.

Sie wird jeden Tag gelebt.

Alle Beteiligten sammeln dabei wertvolle Erfahrungen.

Das ist wertvoll für die ganze Gesellschaft.

Über die AG Inklusion

Die AG Inklusion besteht aus vielen Organisationen und Fachpersonen aus der Kinder- und Jugendarbeit.

Sie arbeiten zusammen, tauschen Erfahrungen aus und diskutieren aktuelle Themen.

Die Gruppe gibt es seit mehreren Jahren.

Sie trifft sich regelmäßig.

Unterstützung der Stellungnahme

Sie stimmen dieser Stellungnahme zu
und möchten ein Zeichen für Inklusion setzen?

Dann können Sie die Stellungnahme **mit unterschreiben**.

Schreiben Sie dazu eine E-Mail an:

projektfachstelle-inklusion@lago-bw.de

Bitte teilen Sie mit,

unter welchem Namen Sie oder Ihre Organisation genannt werden möchten.

Die Stellungnahme wird auf der [Webseite der LAGO Baden-Württemberg](#) veröffentlicht.

Die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer wird regelmäßig ergänzt.

Entstehung der Stellungnahme

[Hier](#) sehen Sie eine Zeit-Linie zum Entstehen der Stellungnahme im Jahr 2026.

Praxisbeispiele sammeln

Wir sammeln gute Beispiele für Kinder- und Jugend-Beteiligung.

Die Beispiele zeigen, wie Kinder und Jugendliche mitmachen.

Die Beispiele helfen der Landes-Politik für eine inklusive Kinder- und Jugend-Arbeit.

Sie können [hier](#) eigene Aktivitäten eintragen.

So machen Sie Ihre Arbeit sichtbar.

Erstunterzeichner*innen:

Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO BW)

Projektfachstelle Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit

Konrad Flegr, Projektkoordinator der Aktionsgemeinschaft GIEB im Landkreis Rottweil

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH (stjg)

Ben Seidl, Kinder- und Jugendhaus Feuerbach, stjg

Landesarbeitsgemeinschaft Jungen*- & Männer*arbeit Baden-Württemberg e.V.

LAG Mädchen*politik Baden-Württemberg

Basti, Paul, Lara, Lukas, Moritz, Hauke, Alina, Luise, Courage, Felix, Hendrik, Lukas, Florian, Georgina, Jannik, Linus, Petar, Josef, Tim, Marcel, Johanna – Jugendliche von Mimamo, SJR Esslingen

Bärbel Finkbeiner, Jenny Hafner, Florian Schoenpflug – Mitarbeitende von Mimamo, SJR Esslingen

Landesverband Lebenshilfe Baden-Württemberg e.V.

